Quelle: hna,
Frankenberger Allgemeine

Junker: „Zu weit von der Realtität entfernt“

MEHR ZUM THEMA Studie zur Daseinsvorsorge – Was die beste und die schlechteste Stadt im Landkreis sagen

Waldeck-Frankenberg – Im bundesweiten Gemeindecheck des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zum Thema Daseinsvorsorge schneidet Bad Arolsen unter den 21 Städten und Gemeinden in Waldeck-Frankenberg am besten ab, Hatzfeld am schlechtesten. Wir haben die beiden Bürgermeister gefragt, was sie zu den Ergebnissen sagen.

Platz 1 Bad Arolsen

„Als Bürgermeister freue ich mich sehr über unsere Umfragewerte“, sagt Bad Arolsens Bürgermeister Marko Lambion. Zu dem Erfolg hätten viele Menschen und Initiativen in Haupt- und Ehrenamt beigetragen: „Wir arbeiten alle gemeinsam stets daran, dass die Bürgerinnen und Bürger zufrieden sind und ein gutes Angebot in Bad Arolsen vorfinden. Neue Sport- und Freizeitanlagen, wie das Sportzentrum am Tannenkopf und die Thiele-Aue wurden gerade fertiggestellt. Dies stellt eine Bereicherung zu den bereits bestehenden Anlagen, wie dem Arobella, für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch für alle Gäste dar.“



Marko Lambion
Bürgermeister Arolsen



Dirk Junker
Bürgermeister Hatzfeld

Zudem habe Bad Arolsen als Barockstadt das Schloss und mit dem Kram- und Viehmarkt das größte Volksfest Nordhessens. „Auch mit kulturellen und musikalischen Angeboten können wir dienen“, sagt Lambion und nennt zum Beispiel Museen, Theater, die Barockfestspiele und das neue Schlosshof-Open-Air. Es gebe Kitas und Schulen, Senioreneinrichtungen und Betreutes Wohnen. „Für jede Generation wird etwas geboten, was sicherlich positiv auf das Ergebnis der Umfrage eingewirkt hat“, sagt der Bürgermeister.

„Die Kombination aus Erholungsmöglichkeiten, Freizeitangeboten, lokaler Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und engagiertem Ehrenamt bringen den Erfolg einer zufriedenen Gesellschaft. Das gute Ergebnis zeigt uns, dass wir an der richtigen Stelle ansetzen“, so Marko Lambion.

Letzter Platz: Hatzfeld

„Aufgrund ihres Ansatzes kann die Studie nur oberflächlich sein. So sind auch die Ergebnisse“, sagt Hatzfelds Bürgermeister Dirk Junker. Er habe sich mit den Untersuchungsansätzen des Gutachtens nicht auseinandergesetzt. „Das wäre Zeitverschwendung gewesen, da das Untersuchungsergebnis von der tatsächlichen Realität vor Ort zu weit entfernt ist“, so seine Meinung.

Mit den Schlagworten, die in der Studie untersucht wurden, habe er sich aber auseinandergesetzt, sagt Junker und erläutert: „Der Bewertung für Mobilität und Digital kann ich folgen. Das ist aber im ländlichen Raum kein Wunder. Dem Rest kann ich aus gutem Grund nicht folgen.“

Junkers Bewertung für Hatzfeld: „Für ein Grundzentrum existiert eine sehr gute ärztliche Grundversorgung in den Bereichen der Human- und Zahnmedizin, mit Physiotherapieangeboten sowie einer Apotheke. Ein Kindergarten- und Grundschulangebot sind vor Ort vorhanden. Ein Schulangebot bis zur 10. Klasse wird durch die Gesamtschule Battenberg in hoher Qualität sichergestellt. Die Hochschulreife kann im nahegelegenen Frankenberg, Biedenkopf oder in Bad Berleburg erlangt werden. Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen und Einkaufsmöglichkeiten stellen die Deckung des Grundbedarfs sicher.“

In Hatzfeld seien in den vergangenen Jahren durch Stadt, Unternehmen und Privatpersonen Millionenbeträge investiert sowie viele infrastrukturelle Maßnahmen durch Stadt, Kreis und Land umgesetzt worden. Der Glasfaserausbau durch die Firma Goetel sei gescheitert, obwohl die geforderte Vermarktungsquote von 40 Prozent überschritten worden sei.

„In der Gesamtabwägung“, sagt Junker, „verfügt Hatzfeld über eine solide und in Teilen überdurchschnittliche Basis der Daseinsvorsorge, insbesondere bei medizinischer Grundversorgung, Kinderbetreuung, Grundschule, bürgerschaftlichem Engagement, landschaftlicher Qualität und mittelständischer Wirtschaftsstruktur. Gleichzeitig wirken demografischer Wandel, geringe Bevölkerungsdichte, eingeschränkte ÖPNV-Erreichbarkeit und unzureichender Glasfaserausbau als strukturelle Hemmnisse, die sich gegenseitig verstärken können.“

Junkers Fazit: „Die vorhandenen Rahmenbedingungen verdeutlichen, dass eine oberflächliche Bewertung der Infrastruktur nicht ausreichend ist.“

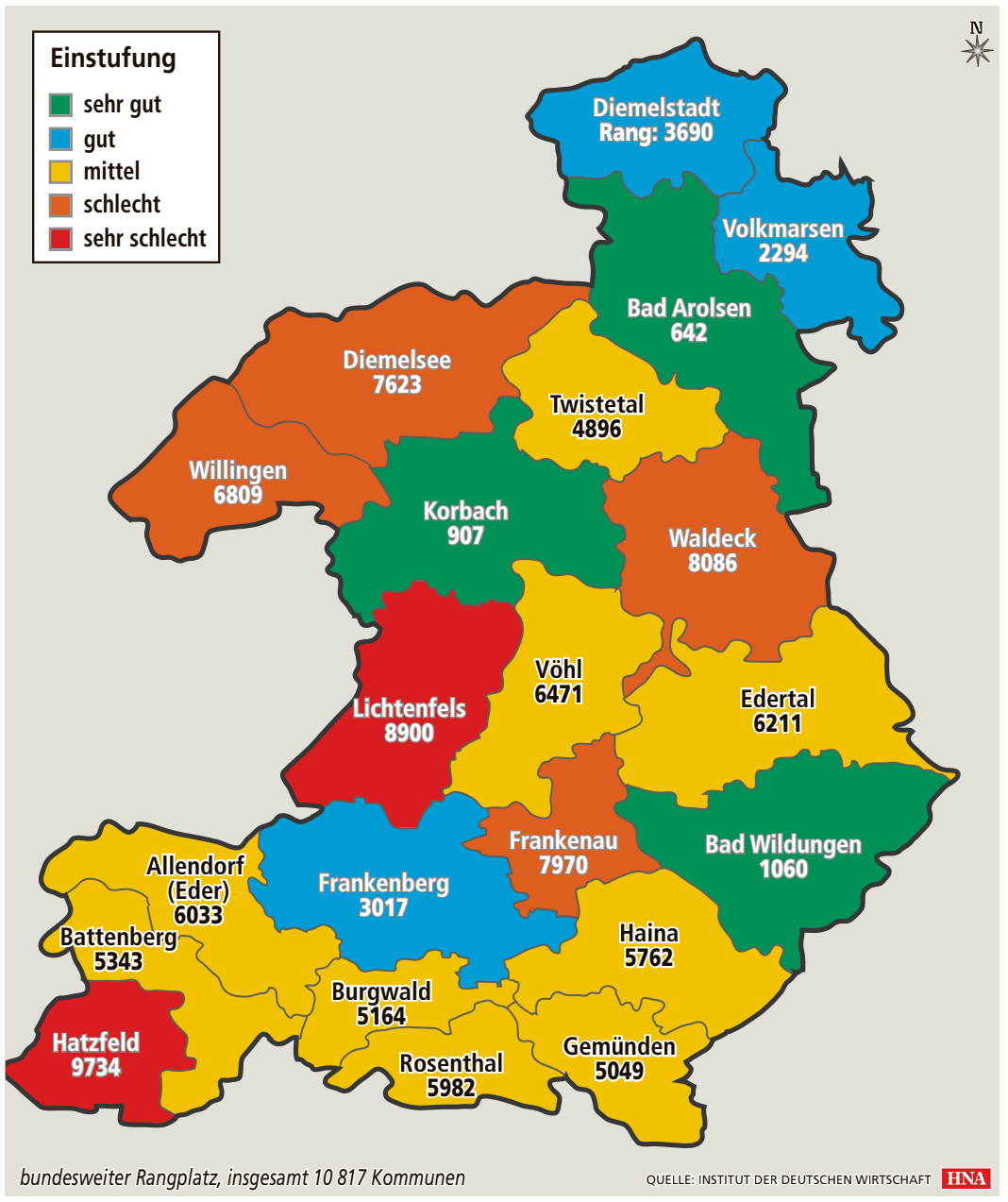
Info: Die Ergebnisse der Studie sind auf zu.hna.de/studie zu finden. In der dortigen Karte und der Tabelle kann man nach gewünschten Städten und Gemeinden suchen und auch „Waldeck-Frankenberg“ als Suchbegriff eingeben, um die Ergebnisse aller 21 Städte und Gemeinden aus dem Landkreis zu sehen.

JÖRG PAULUS
ARCHIVFOTOS: BIENERT/MJX

Die Studie

Für ihre Studie haben sich die Autoren des privaten Wirtschaftsforschungsinstituts die Versorgungslage in den 10.817 Städten und Gemeinden in Deutschland angeschaut. Mit 17 Einzelindikatoren aus den Bereichen Bildung, Digitales, Freizeit, Gesundheit und Mobilität bildeten sie einen Index. Berücksichtigt wurden unter anderem Autobahnanbindung und ÖPNV-Angebot, ärztliche Versorgung und Kitas, Internet- und Mobilfunkabdeckung. Verknüpft haben die Forscher diese Daten mit einer Umfrage unter 5455 Teilnehmern im Sommer 2025. Finanziert hat die Studie die deutsche Tochter des Tabakkonzerns Philip Morris.

GEMEINDECHECK WALDECK-FRANKENBERG: WER IST GUT VERSORGT?



bundesweiter Rangplatz, insgesamt 10 817 Kommunen

QUELLE: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT HNA

„Geographie der Unzufriedenen“

Die Studie sollte auch zeigen, inwieweit sich die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Menschen mit der Daseinsvorsorge vor Ort in Wahlergebnissen widerspiegelt. „Konkret wird analysiert, inwiefern objektive Mängel in der lokalen Daseinsvorsorge subjektiv wahrgenommen und als Ausdruck von Staatsversagen interpretiert werden, wodurch sie zur politischen Entfremdung beitragen“, heißt es im Gutachten. Sowohl die Wahlen von Donald Trump zum US-Präsidenten als auch eine Vielzahl an Wahlerfolgen der politischen Ränder in Europa ließen auf eine spezifische „Geographie der Unzufriedenheit“ schließen. Bedeutet: „Gerade an peripheren Orten, an denen Menschen ihre Belange nicht repräsentiert sehen, revoltieren Wähler an der Wahlurne und verschaffen ihrem Ärger über die etablierten Kräfte Luft, die sie vermeintlich unzureichend repräsentieren.“

Die Studie, der eine repräsentative Befragung von 5455 Personen zugrunde liegt, kommt unter anderem zu diesen Ergebnissen, die sie explizit hervorheben:

- 53 Prozent der Menschen in Deutschland bewerten ihre Daseinsvorsorge positiv, nur jeder Vierte ist unzufrieden.
- Unter Anhängern von SPD, Union und Grünen hält rund jeder Zweite die Versorgung vor Ort für zuverlässig.
- Allein bei AfD-Anhängern überwiegt die Unzufriedenheit: 39 Prozent halten ihre Daseinsvorsorge für nicht zuverlässig, nur 26 Prozent für zuverlässig.

Dieser Unterschied bleibe bestehen, auch wenn Lebensumfeld und sozio-demographische Merkmale herausgerechnet werden, heißt es in der Erläuterung: „AfD-Anhänger nehmen selbst die unmittelbare Versorgung in ihrer Gemeinde durch einen Pessimismusfilter wahr“, sagt IW-Studienautor Matthias Diermeier. Die Bewertung der lokalen Daseinsvorsorge sei aber elementar für die Zufriedenheit mit der Demokratie: „Will man der politischen Entfremdung entgegenwirken, reicht Geld allein nicht. Entscheidend sind nicht nur die tatsächlichen öffentlichen Angebote, sondern vielmehr wie diese wahrgenommen werden.“ jpa

Mängel in Zeitplanung und Konzept

Kreisverband Frankenberg der Lehrergewerkschaft GEW übt Kritik an Umsetzung der Ganztagsbetreuung im Landkreis

Frankenberg – Scharfe Kritik an der aktuellen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab kommendem Schuljahr übt der Kreisverband Frankenberg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Trotz ihrer frühzeitigen Warnungen und eines intensiven Austauschs mit Schulleitungen seit Oktober 2024 in Podiumsdiskussionen und Treffen sieht sich die Gewerkschaft in ihrer Skepsis gegenüber der Zeitplanung des Landkreises bestätigt, erklärt ihr Vorstandsmitglied Phillipp Mengel nach einer Vorstandssitzung.

Während die Bildungsgewerkschaft begrüßt, dass der Landkreis das Gespräch mit der Expertise vor Ort gesucht hat, wird der zeitliche Rahmen als „vollkommen undurchdacht“ kritisiert. Die GEW betont in ihrer Pressemitteilung, dass nach dem Beschluss des Ganztagsförderungsgesetzes schon im Oktober 2021 der Landkreis deutlich mehr Fortschritte in der Planung hätte erreichen müssen. Als besonders problematisch werde empfunden, dass zentrale Konzepte zur Neugestaltung in Waldeck-Frankenberg erst im November 2025 kommuniziert worden seien und die finale Planung erst kurz vor der Kommunalwahl festgestanden habe. „So konnte der scheidende Kreistag nicht mehr über das erarbeitete Konzept entscheiden und der neue Kreistag wurde vor vollendete Tatsachen gestellt“, sagt Vorstandsprecher Mengel. Ein Diskussionsstart bereits im November 2024 wäre aus Sicht der GEW angemessen gewesen, um den komplexen Anforderungen gerecht zu werden.



Phillipp Mengel
GEW-Vorstandsmitglied

Auch das Modell der Ferienbetreuung für Grundschüler stößt auf erhebliches Unverständnis in der GEW. „Der Landkreis plant, diese Betreuung künftig nur noch in Mittelzentren anzubieten, statt wie bisher flächendeckend an jeder einzelnen Schule. Diese Zentralisierung führt zu einer erheblichen Mehrbelastung für Familien! Kinder müssen in den Ferien an fremde Schulen pendeln, wo sie auf unbekannte Mitschüler und fremdes Betreuungspersonal treffen“, befürchtet die GEW. „Da keine Schülerbeförderung vorgesehen ist, müssen Eltern – etwa von Gemünden nach Frankenberg – den täglichen Transport organisieren.“ Zudem beklagt die GEW die bürokratischen Hürden: Acht Seiten Formulare müssten von Eltern für eine Ferien-Anmeldung ausgefüllt werden. Auch deren in der HNA bereits berichtete hohe finanzielle Belastung durch die Ganztagsbetreuung sehe die GEW sehr kritisch.

Der GEW-Kreisverband zeigt zwar Verständnis für die organisatorischen Gründe, die den Landkreis zu diesen Einschnitten bewegen. So fehle schlicht das notwendige Personal, um eine Ferienbetreuung über neun Wochen hinweg an allen Standorten zu garantieren. „Doch die Lösung geht zu Lasten der betroffenen Familien.“ Die GEW fordert deshalb eine Überarbeitung der Umsetzung, um den Rechtsanspruch nicht nur auf dem Papier, sondern auch praktikabel und bürgernah einzulösen.

„Diese Umsetzung des Rechtsanspruchs wird leider in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht dem Anspruch nach einer Schule mit mehr Bildungsgerechtigkeit gerecht, da es offensichtlich mehr um die Erfüllung eines formalen Anspruchs als eine für Kinder und Familien fördernde Maßnahme geht“, bedauert GEW-Vorstandsmitglied Elke Mitze. zve FOTO: ZVE